

Schwarzwald-Wacht

Verlag: Schwarzwald-Wacht G. m. b. H. Calw. Vertriebsdruck: K. Döschner'sche Buchdruckerei, Calw. Hauptvertriebsleiter: Friedrich Hans Schreier, Angelegenheiten: Alfred Schaffel, sämtliche in Calw, D. N. X. 35: 3472 Geschäftsstelle: Alles Postamt, Grenzpostfach 251; Schluss der Anzeigenannahme: 7.30 Uhr vormittags. Als Anzeigenentgelt gilt zur Zeit Preisliste 3.

Calwer Tagblatt

Bezugspreis: Durch Träger monatlich 1.50 RM, einschließlich 20 Pf. Trägerlohn. Bei Postbezug 1.86 RM, einschließlich 54 Pf. Postgebühren. — Anzeigenpreis: Die Kleinzeile 7 Pf., Reklamezeile 15 Pf., bei Wiederholung nachfolgend, Erfüllungsort für beide Teile Calw. Für richtige Weitergabe von durch Fernspruch aufgenommenen Anzeigen keine Gewähr.

Nationalsozialistische Tageszeitung

Amliches Organ der N. S. D. A. P.

Alleiniges Amtsblatt für alle Stadt- und Gemeinde-Behörden des Kreises Calw

Nr. 21

Calw, Dienstag, 26. November 1935

3. Jahrgang

Monatlich 3 Millionen RM für Kinderreiche! Bis Weihnachten sind 20 Millionen RM an 50000 kinderreiche Familien verteilt

Kiel, 25. November.

Am Freitag abend sprach Staatssekretär Reinhardt vom Reichsfinanzministerium in Kiel vor den führenden Männern der Bewegung und der Behörden aus Schleswig-Holstein über die Finanzpolitik des Reiches. Künftig werden, so führte er u. a. aus, monatlich 15-20 000 Ehestandsdarlehen gewährt werden. Seit dem Parteitag der Freiheit wurden auch Kinderbeihilfen gewährt. In Deutschland gibt es etwa 760 000 Familien mit mehr als vier Kindern. Zunächst sollen die Familien mit mindestens sechs Kindern unter 16 Jahren Berücksichtigung finden. 1936 wird dann diese Zahl auf vier herabgesetzt. Für Zwecke der Kinderbeihilfen stehen monatlich drei Millionen Mark zur Verfügung. Monatlich könnten also 7500 Familien mit je 400 RM bedacht werden. Bis Weihnachten werden bereits 20 Millionen Mark verteilt sein, d. h. 50 000 minderbemittelte kinderreiche Familien würden bis dahin je 400 RM erhalten. Die Anträge sind bei den Gemeinden einzureichen.

Wir werden, so führte der Staatssekretär weiter aus, den Weg der finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung weitergehen und nichts tun, was die Entwicklung ungünstig beeinflussen könnte. Die Finanzen des neuen Deutschland sind geordnet.

Kinderreichen-Beihilfe ist zusätzliche Hilfe

Berlin, 25. November.

Nachdem die Ausführungsbestimmungen zum Reichsbürgergesetz ergangen sind, hat der Reichsfinanzminister die Bestimmungen über Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien den neuen Vorschriften angepasst. Jeder Anwärter für eine Kinderbeihilfe muß jetzt durch Erklärung versichern, daß ihm nichts bekannt ist, woraus geschlossen werden könnte, daß der Vater oder die Mutter eines der Kinder, für die Beihilfen beantragt sind, von mehr als zwei vollständigen Großeltern teilen abstammen oder nach den gesetzlichen Bestimmungen als Jude gelten oder ge-

golten haben. Gleichzeitig weist der Minister in seinem neuen Erlaß darauf hin, daß die den Kinderreichen gegebenen Beihilfen eine zusätzliche Hilfe darstellen sollen. Die Gewährung dieser Beihilfen dürfe deshalb nicht zur Folge haben, daß andere Hilfsmassnahmen ganz oder teilweise in Fortfall kommen, die den betreffenden Familien durch andere Stellen, wie NSV, Winterhilfswerk oder Wohlfahrtsamt, zuteil geworden wären. Durch die Kinderbeihilfen sollen den Familien einmalige Mittel zur Beschaffung von Gegenständen längerer Lebensdauer gewährt werden. Deshalb dürften mit den Bedarfsbedarfscheinen nur Möbel, Hausgerät und Wäsche gekauft werden, nicht dagegen Gegenstände, die einer rascheren Abnutzung unterliegen, wie Oberkleidung und Schuhe, oder Gegenstände des Verbrauchs, wie Lebensmittel. Die Unterstützung der kinderreichen Familien mit Oberkleidung, Schuhen und Lebensmitteln bleibe nach wie vor der NSV, dem WGV und der Wohlfahrtspflege überlassen.

250 000 neue Wohnungen

Berlin, 25. November.

In seinem Erlaß über die neue Reichszuschußaktion für Wohnungssteigerungen und Umbauten, für die weitere Mittel bereitgestellt worden sind, weist der Reichsarbeitsminister darauf hin, daß die bisherige Bereitstellung von Reichszuschüssen zu sehr günstigen Ergebnissen geführt hat. Abgesehen davon, daß in erheblichem Umfang Arbeit geschaffen wurde, ist durch die Maßnahme eine große Anzahl von Wohnungen, insgesamt rund 250 000, gewonnen worden. Dieses Ergebnis ist bei der gegenwärtigen allgemeinen Zunahme der Wohnungsknappheit besonders zu begrüßen. Als Endtermin für die Beendigung der Arbeiten mit Hilfe der neuen Reichszuschüsse hat der Minister den 31. März 1936 bestimmt.

Der Führer hat an Reichsleiter Amann, Generaldirektor des Zentralparteiorgans der NSDAP, zum 44. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

Wird Laval die Tür nach Deutschland öffnen?

Die deutsch-französische Verständigung eine Vorbedingung für den Frieden Europas

Wie ein böser Alp liegt seit den Tagen von Versailles der Schatten Poincarés und Barthous über dem deutsch-französischen Verhältnis. Es hat von jeher nicht an mehr oder minder geschickten Versuchen der deutschen Nachkriegspolitik gefehlt, die Hand der Verständigung über den Rhein hinüber zu reichen. Aber jenen die Spekulationsreien unterwürfiger marxistischer Parlamentäre nach Paris von praktischem Nutzen waren, jenen haben auch die Besuche französischer Diplomaten in der Reichshauptstadt gefruchtet. Solange man in Frankreich der Ansicht gewesen ist, es gebe nur eine Verständigung auf dem Boden des Versailler Vertrages und auf der Basis der deutschen

Unterwerfung unter die französische Hegemonie in Europa und im Völkerverbund, solange mußte alles noch so heiße Bemühen zum Scheitern verurteilt bleiben. Die Regierung des Dritten Reiches hat die freiwillige und aufrichtig anerkannte Gleichberechtigung zum allein möglichen Prinzip der Zusammenarbeit und der Verständigung erhoben. Nur gleichberechtigte und freie Partner können ehrlich und mit Ueberzeugung den modus vivendi untereinander ausmachen. Nur die Anerkennung der berechtigten Lebensrechte kann zu einem dauernden friedlichen Nebeneinander und Miteinander der Völker führen. Die Aufgabe Adolfs Hitlers, diesen feinen

Grundsatz dem französischen Volke verständlich zu machen, war unendlich schwer und sie ist es noch. Aber die Kraft der Idee paarte sich in diesem Falle mit der steigenden Erkenntnis der ganzen Welt, daß ein Ausgleich, eine Annäherung und schließlich eine Verständigung der beiden „Erbeiden“ — wie politischer Unverstand auf beiden Seiten immer wieder zitierte — für den Frieden Europas eine nicht zu umgehende Vorbedingung sei. Würde diese Erkenntnis auf unserer Seite längst zum offenen bekundeten Grundsatz, so brach sich in der breiten Masse des französischen Volkes das Verständnis für die nationale Lebensnotwendigkeit brüderlicher Völkerverständigung Bahn. Es bedurfte und bedarf noch ehrlicher und opferbereiter Arbeit, um die durch Jahrzehnte, ja durch Jahrhunderte aufgepöbelte öffentliche Meinung in Frankreich allmählich von dieser Zwangsvorstellung abzubringen.

Die Unterredung des Führers und Reichskanzlers mit dem französischen Völkerverständiger, die nach Maßgabe des Kommuniqués von „freundschaftlichem Geist“ getragen war und in der der „gute Wille beider Regierungen“ zum Ausdruck gekommen ist, wird in politischen Kreisen als eine Möglichkeit begrüßt, eine Annäherung zum mindesten vorzubereiten. Wie notwendig eine Verständigung ist, das hat der Abessinienkonflikt mit seinen internationalen Problemen einmal mehr bewiesen. Unter dem Druck der gespannten Lage ist es zum Weggang der Rüstungen gekommen. Jeder Versuch einer internationalen Vereinbarung über Rüstungsbegrenzung und Friedenssicherung wurde unmöglich, angesichts des immer wieder hervorkehrenden unversöhnlichen Standpunktes der offiziellen französischen Politik, die im Wilhelms Reich und in Stresa erneut zu Grundrissen zurückgekehrt war, die jegliche Hoffnung zu einem Phantom, zu einer Unmöglichkeit zu machen schien.

Laufendfüßig sind die Programmpunkte, die für einen Gedankenanstausch zwischen den beiden Nachbarländern zur Verfügung stehen. Von der Völkerverständigung bis zum Luft-Locarno, von den Rüstungsausgaben bis zu den wirtschaftlichen Beziehungen reißt die Kette der ungeklärten bzw. der einer baldigen Erledigung harrenden Angelegenheiten nicht ab.

Deutschland glaubt daran, daß Außenminister und Ministerpräsident Laval den guten Willen hat, die Tür nach Deutschland zu öffnen. Man nimmt an, daß er Verständnis für das Verlangen Deutschlands aufbringt, als ebenbürtige und völlig gleichwertige Macht behandelt und respektiert zu

Der Einzug König Georg II. in Athen

Triumphaler Empfang in der Hauptstadt — Das griechische Volk jubelt

Athen, 25. November.

König Georg II. von Griechenland ist am Montag früh in Begleitung des Thronfolgers Prinz Paul an Bord des Kreuzers „Helli“ im Hafen von Al-Phalero eingetroffen und hat gegen 10 Uhr griechischen Boden betreten.

Eine riesige Menschenmenge erwartete die Heimkehr des Königs. Jubelnd wird die griechische Flotte, die von Flugzeugen begleitet wird, begrüßt, als sie am Leuchtturm von Salamis sichtbar wird. Als der Kreuzer „Helli“ Anker wirft, donnert aus allen Schiffsgeschützen der erste Salut dem König entgegen, die Glocken in Al-Phalero beginnen zu läuten und im Piräus heulen die Sirenen der Handelschiffe. An Land stellt der Regent General Kondylis dem König die Mitglieder der Regierung vor. Der König dankte für den festlichen Empfang und begab sich dann im Kraftwagen in die Hauptstadt durch die 6 Km. lange, schnurgerade und reichgeschmückte Singros-Allee, umtost vom Jubel der Tausende, die seit dem frühen Morgen hier auf die Heimkehr des Königs warten. An der Grenze der Stadt Athen entbietet der Bürgermeister dem König den Willkommengruß der Hauptstadt, indes die Königsflagge hochgeht, Salutschüsse donnern und alle Glocken der Hauptstadt zu läuten beginnen.

Weiter ging die Fahrt unter dem Jubel der Massen zur Metropolitan-Kathedrale, wo der griechische Metropolit ein feierliches Hochamt zelebrierte. Anschließend legte der König am Grab des Unbekannten Soldaten einen Kranz nieder. Die Regierung Kondylis hat dem König

nach am Montag ihr Rücktrittsgeleud überreicht.

Kommunistische Aufstände in zwei brasilianischen Staaten

Rio de Janeiro, 25. November.

Nach hier vorliegenden Meldungen sind am Sonntag in den Staaten Pernambuco und Rio Grande de Norte kommunistische Aufstände ausgebrochen. In Recife und Natal soll es zu Kämpfen gekommen sein. Die Regierung hat Flugzeuge in die Aufstandsgebiete entsandt. In der Hauptstadt Rio de Janeiro haben Truppen den Schutz der Eisenbahnen und Elektrizitätswerke übernommen.

Neuer meldet aus Rio de Janeiro über die Aufstände in Pernambuco und Natal, daß die Stadt Natal von den Aufständischen besetzt worden ist. Ein Aufständischerbataillon hat zusammen mit kommunistischen Elementen auch die Stadt Olinda besetzt. In der Vorstadt Agagados, bei Pernambuco, haben die Truppen ihre Treue zur Regierung erklärt und kämpfen hier zusammen mit der Polizei gegen die Rebellen. Die Bundesregierung hat Truppen, Flugzeuge und Kriegsschiffe nach Pernambuco und Natal in Marsch gesetzt, um den Aufstand zu unterdrücken. Ueber beide Städte ist der Belagerungszustand verhängt worden. Präsident Vargas hat sein Kabinett zu einer sofortigen Notstandssitzung einberufen. In Rio de Janeiro selbst herrscht Ruhe, jedoch werden die Banken, Bahnhöfe und Fabriken militärisch bewacht. Die Behörden teilen der Bevölkerung mit, daß sie die Luft-, Land- und Seestreitkräfte zum Schutze des Volkes einsetzen werden.

Entscheidender Schritt der Deutschen Turnerschaft

Uebergang in den Reichsbund für Leibesübungen vom 1. Januar ab

Berlin, 25. November.

Vom 1. Januar 1936 tritt die neue Satzung des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen in Kraft. Damit steht die Entwicklung der Leibesübungen im Dritten Reich vor dem entscheidenden Schritt der endgültigen Formgebung.

Aus diesem Anlaß hatte der Führer der Deutschen Turnerschaft, Reichssportführer von Eschammer und Osten, am 23. November 1935 den Führerstab, die Gau- und Kreisführer und die Fachwarte der DT, zu einer Arbeitstagung nach Berlin berufen. Nach Ausführungen des Reichssportführers, die den ganzen Umfang der Aufgabe der Leibesübungen und ihre geschichtliche Entwicklung erfassen, bekannten sich die Führer der DT in Einmütigkeit zu den vom Reichssportführer getroffenen Maßnahmen zur Herstellung des politisch geforderten Bundes der deutschen Leibesübungen. In der Erkenntnis, daß die neuen Satzungen des Reichsbundes für Leibesübungen den Sieg des Jahrtausendturnerischen Gedankens bedeuten und daß damit der Reichsbund für Leibesübungen die größere deutsche Turnerschaft sein wird, haben Führerstab, Gau- und Kreisführer und Fachwarte der DT den Reichssportführer gebeten, einen Deutschen Turntag einzuberufen, der über den restlichen Uebergang der DT in die größeren Aufgaben und Möglichkeiten des Reichsbundes für Leibesübungen entscheiden wird.



Das Ergebnis des 2. Eintopfsontages des Winterhilfswerkes des Deutschen Volkes 1935/36, des 10. November 1935 beträgt für den Gau Württemberg-Hohenzollern RM. 244 692.10. Der württembergische November-Eintopf 35 hat damit den November-Eintopf 34 um RM. 25 472.74 übertroffen.

